

Keine Ahnung von Tarifen

Die DDR-Gewerkschafter sind nach der Wende in ihrem Land ohne Orientierung. Sie suchen Hilfe in der Bundesrepublik.

Von der 40-Stunden-Woche oder einem arbeitsfreien Wochenende kann der Ost-Berliner Gewerkschaftsfunktionär Lothar Lindner zur Zeit nur träumen. Der Chef der drittgrößten Industriegewerkschaft in der DDR, der für Bau und Holz zuständigen, sitzt meist von früh um acht bis spätabends in seinem Büro an der Ost-Berliner Fritz-Heckert-Straße.

Samstags und sonntags schiebt Lindner regelmäßig Überstunden. „Meine Frau“, klagt der DDR-Spitzengewerkschafter, „macht mir deshalb schon bittere Vorwürfe.“

Wie dem IG-Bau-Boß geht es gegenwärtig vielen Mitarbeitern des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds in der DDR, kurz FDGB. Die Funktionäre sichten stapelweise Briefe eroboster Mitglieder, sie feilen an neuen Statuten für die 16 Einzelgewerkschaften, sie bereiten Wahlen und außerordentliche Gewerkschaftstage vor.

Der Arbeitseifer der Ost-Gewerkschafter, der in so erstaunlichem Kontrast zum üblichen DDR-Schlendrian



Früherer FDGB-Chef Tisch
Handlanger der SED



DDR-Gewerkschafter Bugiel
Hilfe von Steinkühler

steht, entspringt wohl dem drängenden Bedürfnis, die eigene Unentbehrlichkeit unter Beweis zu stellen.

DDR-Gewerkschaftsfunktionäre waren Handlanger des SED-Staats, sie müssen nun um ihre Jobs fürchten. Statt für die Beschäftigten höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen oder mehr Freizeit herauszuholen, trieben sie die arbeitende Basis im Auftrag der Machthaber zu immer neuen Höchstleistungen an.

Es war zwangsläufig, daß mit dem Kollaps des SED-Apparats die größte Massenorganisation der DDR die Orientierung verlieren würde. Ihr kommissarischer Chef Werner Peplowski, der zugleich Vorsitzender der ostdeutschen Druckergewerkschaft ist, warnte schon vor einem Zusammenbruch des FDGB.

Aus Protest gegen den Machtmißbrauch prominenter Spitzenfunktionäre, etwa des ehemaligen FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch oder des früheren IG-Metall-Chefs Gerhard Neunstieler, haben in den vergangenen zwei Monaten 800 000 der ehemals 9,5 Millionen Mitglieder den FDGB verlassen. Andere hinterlegten erst mal ihr Mitgliedsbuch bei der Betriebsgewerkschaftsleitung oder bei den Vertrauensleuten des FDGB in Büros und Werkshallen.

Viele zahlen nur noch den Mindestsatz von 50 Pfennig monatlich in die Gewerkschaftskasse oder überweisen ihren Beitrag auf ein Sperrkonto. So leidet die Ost-Gewerkschaft inzwischen unter akutem Geldmangel. Allein im November schrumpften die Einnahmen des FDGB im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Drittel auf knapp eine Million Mark. Zur Zeit hat sie 300 Millionen Mark weniger in der Kasse als

im Vorjahr. „Irgendwann ist Feierabend“, befürchtet Peplowski.

An der Basis formen sich langsam Konkurrenten zu der in Verruf geratenen einstigen Monopol-Gewerkschaft heraus. In den Teltower Geräte- und Regler-Werken beispielsweise haben sich unabhängige Betriebsgewerkschaften gebildet. In zahlreichen Firmen, wie dem Berliner Werk für Fernsehelektronik, verlangen die Angestellten eine eigene Interessenvertretung. Auch Volkspolizisten und Armeeangehörige wollen sich in eigenen Gewerkschaften zusammenschließen.

Für das bezahlte Personal der DDR-Gewerkschaften ist es gar nicht so einfach zu kapiieren, welch revolutionären Wandel die Mitglieder von einer gewendeten Arbeitnehmerorganisation erwartet. Vorbei sind die Zeiten, da der FDGB vornehmlich Ferienheimplätze an der Ostsee und im Thüringer Wald verteilte, da die Gewerkschaftsvertreter sich zuvörderst verantwortlich fühlten für die Planerfüllung durch die Werktätigen.

Nun müssen die Funktionäre erstmals ganz gewöhnliche Gewerkschaftsarbeit leisten – die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, gegenüber dem Management und den staatlichen Eigentümern, zukünftig auch gegenüber privaten Unternehmern.

Der Apparat muß sich anpassen an die neue Zeit. Er hat eine Satzung entworfen, die der außerordentliche Gewerkschaftskongreß des FDGB Mitte nächster Woche in Ost-Berlin beschließen soll. Heraus kommen könnte dort tatsächlich der Entwurf für eine Gewerkschaft, die sich den Arbeitnehmerorganisationen in pluralistischen Industriestaaten annähert.

Löhne und Gehälter wollen die FDGB-Anführer mit den Betriebsleitern, den zuständigen Ministern oder neu zu gründenden Arbeitgeberverbänden aushandeln. Bislang legte die Regierung in Abstimmung mit der Planungsbehörde die Prozente fest.

Notfalls wollen die DDR-Gewerkschaften für ihre Forderungen sogar streiken; das Streikrecht soll in der Verfassung verankert werden. Die SED-Machthaber hatten es 1968 daraus gestrichen. Als Besitzer der Produktionsmittel, so die verlogene Begründung der SED-Oberen, hätten die DDR-Arbeitnehmer ohnehin nur gegen sich selbst gestreikt.

Wichtige Einzelgewerkschaften, wie die IG Metall oder die IG Bau-Holz, wollen in der DDR zudem nach bundesdeutschem Vorbild Betriebsräte einrichten. Das würde dem FDGB finanziell ein wenig helfen. Bislang werden die Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitungen in der DDR noch vom FDGB bezahlt. Die Chefs unabhängiger

Betriebsräte bekämen ihr Salär dagegen, wenn es wie in der Bundesrepublik läuft, vom Unternehmen.

Hauptgeschädigter der Reform wäre der bisher allmächtige FDGB. Die Dachorganisation soll gerupft, die 16 Branchen-Vertretungen sollen gestärkt werden. „Die tragenden Säulen müssen die Einzelgewerkschaften sein und nicht der Dachverband“, bekräftigt Werner Geistert vom Ost-Berliner IG-Metall-Zentralvorstand. Anders als in der Bundesrepublik, wo der DGB von den Einzelgewerkschaften ausgehalten und gesteuert wird, hatte in der DDR der FDGB seine Branchenableger zu Handlangern der Zentrale degradiert. Der FDGB verfügte über die Kasse, den Einzelgewerkschaften fehlte Geld und fähiges Personal.

„Ich hab' jede Menge Spezialisten für Propaganda und Agitation“, stöhnt IG-Bau-Chef Lindner, „aber was ich brauche, sind Tarifexperten oder Leute, die was von Finanzen verstehen.“

Fürs erste wollen sich etliche DDR-Gewerkschafter Geld und Wissen im Westen besorgen. Mitte Dezember unterzeichneten der Ost-Berliner IG-Bau-Chef Lindner und sein westdeutscher Kollege Konrad Carl von der Frankfurter IG Bau-Steine-Erden eine gemeinsame Vereinbarung. In dem dreiseitigen Papier verpflichten sich die Gewerkschafter/West, ihren Kampfgenossen im Osten Nachhilfe in Tarifpolitik, Mitbestimmung oder Angestelltenarbeit zu erteilen.

Enge Kontakte bestehen auch zwischen den Druckgewerkschaften in der Bundesrepublik und der DDR. Die IG Chemie will in Leipzig sogar ein eigenes Büro einrichten. Am weitesten sind bislang jedoch die wichtigsten Einzelgewerkschaften auf beiden Seiten, die Ost-Berliner IG Metall mit knapp 1,8 Millionen Mitgliedern und ihr bundesdeutsches Pendant mit 2,6 Millionen Mitgliedern.

Der neugewählte IG-Metall-Chef der DDR, Hartwig Bugiel, kennt womöglich noch den einen oder anderen Kollegen aus dem Westen, er wechselte in den Sechzigern der Liebe wegen von der Bundesrepublik in die DDR. Bugiel und IG-Metall-Chef Franz Steinkühler haben zwischen den Beschäftigten von rund 30 Firmen Partnerschaften vermittelt. Die West-Arbeitnehmer sollen ihren Ost-Kollegen Einblicke in den kapitalistischen Arbeitsalltag verschaffen und sie bei der Wahl von Betriebsräten beraten.

Steinkühler und seine Mitarbeiter leisteten unterdes schon greifbare Hilfe. Auf eigene Kosten karrten Mitarbeiter der Frankfurter IG-Metall-Zentrale drei Tonnen Flugblätter, die im Auftrag der DDR-IG-Metall gedruckt wurden, einige hundert Betriebsverfassungsgesetze nebst Kommentar und hochwertige Diktiergeräte über die Grenze. Für die Einfuhr des Propagandamaterials aus dem

Wir haben 1000 Antworten. Haben Sie eine Frage?

Entscheidend für die Kompetenz einer Bank ist ihre Verfügbarkeit: Die Antwort muß schon da sein, wenn die Frage kommt.

Die Informationselektronik der HYPO schafft das. In Sekunden transportiert sie aktuelle Daten aus aller Welt in jede Filiale. Jeder HYPO-Mitarbeiter verfügt also online, das heißt aus dem Stand, über einen internationalen Wissensschatz.

Dieser Schatz wird für Sie zu Geld – Sie müssen nur danach fragen!

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Dorit Schneider
HYPO-BANK

VEB Daimler-Benz

DIETMAR HAWRANEK

Edzard Reuter, der Chef von Daimler-Benz, hatte eine große Vision: Einen Konzern wollte er bauen, dessen Autosparte von der in den übrigen Firmen-Teilen versammelten Hochtechnologie profitiert; ein Firmen-Imperium, dessen Luft- und Raumfahrtgeschäft das Unternehmen ins neue Jahrtausend trägt. Die neuen Sparten sollten für Umsatz und Gewinn sorgen, wenn Städte und Autobahnen keine zusätzlichen Fahrzeuge mehr verkraften.

Was nahm der Daimler-Chef nicht alles auf sich, um sein Ziel zu erreichen. Zickige Dornier-Erben nervten ihn, und besserwisserische Abgeordnete hielten ihm vor, die Wettbewerbsordnung zu beschädigen. Das Heiligste bei Mercedes, der gute Ruf des Sterns, wurde ramponiert und das Stammgeschäft mit Automobilen vernachlässigt. Zwei Jahre lang mußte Reuter pokern, bis er den Luft-, Raumfahrt- und Rüstungs-Konzern MBB übernehmen konnte.

Nun ist es geschafft, noch nicht mal zwei Monate gehört MBB zum großen Daimler-Reich – und schon erweist sich, daß der neue Geschäftszweig nichts als Ärger einbringt.

Man mag Reuter abnehmen, daß er sich persönlich über jedes Schritchen Abrüstung freut. Doch wer MBB kaufte – ein Unternehmen, das fast die Hälfte des Geschäfts mit Waffen aller Art macht –, der konnte nicht auf globale Entspannung setzen. Dessen Kalkulationsgrundlage war die Überzeugung, daß die Militärs künftig nicht weniger, sondern mehr bestellen. Wenn atomar abgerüstet wird, so steht es in einer „Geschäftsfeldstrategie“ des Konzerns, wachse der Bedarf an konventionellen Waffen.

Doch nach den Sowjets haben inzwischen auch die Amerikaner erkannt, daß die Rüstungsausgaben nicht mehr wie bislang ins schier Grenzenlose steigen können. US-Verteidigungsminister Cheney will bis Mitte der neunziger Jahre 180 Milliarden Dollar einsparen.

In Wien wird, erstmals seit Ende des Zweiten Weltkriegs, mit guter Aussicht auf Erfolg über weniger Panzer und Flugzeuge verhandelt. Und die FDP empfahl nun gar, auf den Jäger 90 zu verzichten.

Das hatte sich Reuter anders vorgestellt. Bonns Engagement beim Jäger 90, einem 100-Milliarden-Projekt, war eine seiner Bedingungen für den Kauf

von MBB. Verständlich: Wird das Kampfflugzeug nicht gebaut, dann sind im Daimler-Konzern rund 10 000 Menschen ohne Arbeit.

Was nun? Ganz schnell müssen die Daimler-Manager umdenken. Bis vor kurzem noch sausten sie in Europa und Amerika rum, auf der Suche nach weiteren Firmen für ihre Aerospace-Sparte. In Europa wurden sie fündig, sie kauften sich bei der französischen Rüstungsfirma Matra ein.

Ein Schnäppchen, das gegenwärtig in den USA zu machen ist, werden sie sich nun vielleicht entgehen lassen. Ford bietet dort seine komplette Rüstungssparte zum Kauf an. Das Militärgeschäft, so glauben die US-Manager, bietet künftig keine Aussichten auf wachsende Gewinne mehr.

Statt weitere Aerospace-Firmen einzusacken, müssen sich die schwäbischen Konzernmanager – einst beneidet wegen der feinen Autos und der exquisiten Gewinne, die sie auf Märkten mit harter privater Konkurrenz einfuhren – in einer ganz ungewohnten Disziplin bewähren: Sie treten als Bittsteller des Staates auf.

Zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt hat Edzard Reuter sich offenkundig ins Waffengeschäft eingeklinkt. Früher, wenn das Militärgeschäft ins Stocken geriet, da zogen Generäle die Bedrohungs-Szenarien aus den Schubladen, und neue Aufträge gingen ein. Heute funktioniert das alte Spiel nicht mehr.

So bittet Daimler-Benz denn auch in Bonn nicht darum, fröhlich weiter zu rüsten. Das wäre aussichtslos. Die Daimler-Variante lautet: Der Staat soll dem Konzern bei der Umstellung der militärischen auf die zivile Produktion helfen und möglichst noch sagen, für welche Produkte nun Bedarf besteht.

Daimler-Benz ein VEB, dem die Regierung vorschreiben muß, was er produziert, und dem sie auch noch das nötige Geld gibt?

Edzard Reuter hat es wirklich schwer in dieser entspannungsduseligen Zeit. Der sonst so kühle Konzernstrategie verfällt nun recht kühnen Gedanken. Seine Deutsche Aerospace, verriet er vergangene Woche in einem Interview, könnte vielleicht gemeinsam mit DDR-Unternehmen „Weltraumprojekte entwickeln“.

Wenn es das ist, worauf die Wirtschaft im anderen Deutschland gewartet hat – guten Flug.

kapitalistischen Westen hatte das DDR-Außenhandelsministerium eine Sondergenehmigung erteilt.

Solche Hilfsaktionen der West-Gewerkschaften geschehen keineswegs aus purer Nächstenliebe. Die Ost-Gewerkschaften sollen, mit westlicher Unterstützung, stark gemacht werden, damit sie ordentliche Löhne durchdrücken können.

Dann ist die Gefahr geringer, daß die DDR-Arbeitnehmer zu Dumping-Löhnen im Westen arbeiten – und Steinkühlers Gefolgschaft die Preise verderben.

Ölindustrie

Russisches Roulette

Der Kapitän des Tankers „Exxon Valdez“ muß sich vor Gericht verantworten. Doch schuld an dem Unfall und seinen Folgen ist auch die Ölindustrie.

Exxon-Chef Lawrence G. Rawl, 61, gilt als verschlossen und publikumsscheu. Doch vor einem Ausschuß des US-Senats, der sich mit dem Unfall des Supertankers „Exxon Valdez“ im Golf von Alaska am 24. März 1989 beschäftigte, war der Ölboß plötzlich ganz offen: „Uns war lange klar, daß der Kapitän ein Alkoholproblem hatte.“

Anfang nächster Woche steht der Mann mit dem Alkoholproblem, „Exxon Valdez“-Kapitän Joseph Hazelwood, 43, in Anchorage vor Gericht: angeklagt wegen Trunkenheit und Fahrlässigkeit beim Führen eines Schiffes; angeklagt auch wegen Nachlässigkeiten am Unfallort. Dort lösten acht aufgerissene Tanks im Schiffsrumpf das größte Umweltdesaster der Meere aus.

Ob dem Kapitän die Alleinschuld an dem Skandal anzulasten ist, wie Arbeitgeber Exxon es gern hätte, steht allerdings dahin. Im Schrank des Alaska-Gouverneurs Steve Cowper liegt ein Bericht, der den im Lande tätigen Ölkonzernen vorwirft, die einst scharfen Umwelt- und Kontrollvorschriften des Staates zur Verbesserung der Ertragslage unterlaufen zu haben. Zudem, so der Bericht, habe die Ölindustrie die für Sicherheit auf See zuständige Coast Guard, eine US-Bundesbehörde, in ihre Kumpagnei hineingezogen. „Ein Kartell programmierter Laxheit“, schimpft ein Mitarbeiter des Gouverneurs.

Tatsächlich praktizierte vor allem die Exxon Corporation, größter Ölkonzern und drittgrößtes Wirtschaftsunternehmen der Welt, seit 1982 ein Sparprogramm, ohne das die Katastrophe im